

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete, liebe Gäste,

der Antrag entspricht dem, was wir als Berliner AfD programmatisch in den Wahlprüfsteinen des Lesben- und Schwulenverbands niedergelegt haben. Da heißt es: Die AfD Berlin erkennt an, dass die Betroffenen rehabilitiert und entschädigt werden sollen. Bundesgesetzliche Regelungen sind zu diskutieren.

Die AfD steht vollumfänglich zur eingetragenen Lebenspartnerschaft mit all ihren Rechten und Pflichten.

Die AfD erkennt schwul-lesbische Lebensformen als Ausdruck einer freien Gesellschaft an und steht auch für den Schutz dieser Minderheiten. Allerdings lehnt die AfD eine Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe ab.

Die AfD ist gegen jedes ergangene Unrecht. Darum stimmen wir diesem Antrag zu. Natürlich wissen wir auch: Wie bei allen Versuchen einer Wiedergutmachung, ist das jeweils erduldet Leid nicht aus der Welt zu schaffen, von dem viel zu oft nicht gelebten individuellen Liebesglück vieler Tausender, das nicht mehr rückholbar ist, gar nicht zu reden. Aber durch die Rehabilitierung wird zumindest das Hier und heute für die Betroffenen ertragbar und ein klarer Akzent für die Zukunft gesetzt.

Wir teilen hierbei die Auffassung an der Kritik des zu diskutierenden Gesetzentwurfes seitens des bayerischen Justizministers, der darauf hinweist, dass es sich hierbei um einen absoluten Ausnahmefall handeln muss.

Meine Damen und Herren,

die grundgesetzlich gebotene Privilegierung von Familien, insbesondere mit Kindern, die wir in der familienpolitischen Debatte betonen, bedeutet keine Diskriminierung von anderen Lebensgemeinschaften, die ggf. kinderlos bleiben.

Wer sich für mehr Kinder in Familien einsetzt, ist im Umkehrschluss nicht homophob. Und je öfter Sie auf der linken Seite das immer wieder wider besseren Wissens gegen uns vorbringen, wird es nicht richtiger.

Die AfD steht zum individuellen Asylrecht im Grundgesetz, also dem Schutz vor individueller politischer Verfolgung, auch wenn dies wegen der sexuellen Orientierung geschieht. Was wir aber ablehnen, ist und bleibt die illegale Zuwanderung, ohne dass eine individuelle Verfolgung vorliegt, unter Bruch des Grundgesetzes 16 a Absatz 2 – wie Bundeskanzlerin Merkel sie als „Getriebene“ zugelassen hat.

Der beste Schutz Homosexueller ist die Durchsetzung des Rechts in Deutschland und ein glaubwürdiges Bekenntnis zur FDGO aller Migranten als Norm des Zusammenlebens in Deutschland. Spielraum für islamisches Scharia-Recht oder irgendwelche andere schwulenfeindliche Religionslehren, die sich gegen Homosexuelle richten, darf es in Deutschland nie wieder geben.

Zwangsheiraten (zum Beispiel von türkischen oder arabischen nicht-geouteten Schwulen mit Frauen) haben hier nichts zu suchen. Sie widersprechen diametral dem grundgesetzlich geschützten individuellen Persönlichkeitsrecht. Darum müssen wir dieses Recht alle gemeinsam durchsetzen.

Homosexualität ist eine Form der sexuellen Orientierung und muss im Rahmen der Selbstbestimmung in unserer freien Gesellschaft diskriminierungsfrei und selbstverständlich gelebt werden können.

Allerdings scheint es in der schwul-lesbischen Funktionärscommunity noch nicht angekommen zu sein, dass man gerade als Homosexueller eine islamkritische Meinung haben darf oder sogar haben muss, ohne dafür beschimpft und gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden. Daher sage ich hier heute ganz deutlich, dass es ein Skandal ist, dass der Regebogenfonds der schwulen Wirte auch dieses Jahr wieder meint, die AfD vom größten europäischen Schwul-lesbischen Stadtfest ausschließen zu wollen.

Hier geht es ausschließlich um gesellschaftlichen Ächtung aufgrund einer politischen Überzeugung. Wer sich als offen zur AfD bekennt soll diskriminiert und ausgegrenzt werden, selbst wenn er oder sie homosexuell ist.

Dabei ist doch eines klar: Es ist alleine die AfD, die konsequent dafür eintritt, dass auch in 20 Jahren homosexuelle Paare ungestört und ohne Sharia-Wächter händchenhaltend durch unsere Straßen berlinweit flanieren können. Wir wollen verhindern, dass bestimmte Migranten in einigen Jahren einen neuen, dann islamisch begründeten §175 in bestimmten Stadtteilen deutscher Großstädte durchsetzen. Unterstützen sie uns dabei, denn sonst hätten wir dieses Thema heute umsonst debattiert!

Es gilt das gesprochene Wort!